

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 82 (2007)
Heft: 11

Artikel: Verdammt spät
Autor: Brunner, Dominique
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-717962>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

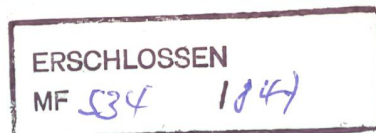
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Verdammt spät

Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge war in der Schweiz seit der Beschaffung von 57 Mirage-III-Maschinen Anfang der 60er-Jahre in der Regel mit Problemen verbunden.

OBERST I GST DOMINIQUE BRUNNER, ZÜRICH

Das lag im Prinzip nicht an der Qualität der ins Auge gefassten Maschinen, die man im Ausland zu beschaffen plante und in der Tat erwarb, nachdem mit dem Absturz von hoffnungsvollen Prototypen, die P-16, 1955 und erneut 1958, die Zeit schweizerischer Eigenentwicklung von Kampfflugzeugen zum Abschluss gekommen war.

Im Fall der Mirage gab es triftige Gründe für den Aufruhr: die aus perfektionistischen Motiven hausgemachte massive Kreditüberschreitung, die das Parlament mit dem salomonischen Entscheid korrigierte, statt 100 Flugzeuge ganze 56 zu beschaffen. Als dieser parlamentarische Beschluss gemeldet wurde, kommentierte ein volkstümliches Organ nicht unzutreffend: Entweder 100 oder gar keine (wäre logisch gewesen). Die damalige, reichlich wirre Diskussion führte zu personellen Sanktionen und – à retardement – zum Rücktritt eines im Übrigen tüchtigen Bundesrates.

Zickzack-Kurs

Diese Debatte hatte aber entschieden ernstere Konsequenzen. Sie verführte die

Verantwortlichen zu einer durchaus problematischen Weichenstellung, indem das Schwergewicht in der Mission der Flugwaffe im Blick auf eine neue Beschaffung auf den Erdkampf, genauer die Feuerunterstützung aus der Luft, verlagert wurde. Das sah nach einer Revanche des in der home-rischen Debatte um die Armee reform 61 unterlegenen Lagers der «Statiker» aus.

Und das führte am 9. September 1972 aus Gründen der «höheren finanzpolitischen Gewalt», in casu der Intervention des Finanzministers Celio, zum Verzicht auf die Beschaffung eines trägergestützten Bombers, des amerikanischen A-7 «Corsair», der die Präferenz der Beschaffungsinstanzen hatte. Zur Überbrückung der Lücke wurden danach weitere gebrauchte Hunter-Maschinen, ein robustes, eben nicht ganz neues britisches Flugzeug, gekauft.

Nach dem Ausflug in die Gefilde der schweren Erdkampf-Maschinen trat die gebotene Ernüchterung ein, indem 1975 Antrag auf Beschaffung von 72 amerikanischen Raumschutz-Jägern F-5E/F Tiger ge-

stellt wurde, einer genau auf die vordringliche Aufgabe des Raumschutzes zugunsten der Erdtruppen, insbesondere der mechanisierten Verbände, zugeschnittenen Maschine. Diese Tranche wurde später angesichts der Bewährung des «Tigers» ergänzt. Es geht heute um den Ersatz für diese Flugzeuge.

Die nächste Beschaffung, die sich aus der durchaus normalen Überalterung der Mirage und aus der Eliminierung der Hunter, die eine erwiesene Erdkampftauglichkeit aufwiesen, ergab, gipfelte in einem historisch wohl einmaligen Ereignis: dem letztinstanzlichen Entscheid eines souveränen Volkes, nämlich des schweizerischen, am 6. Juni 1993.

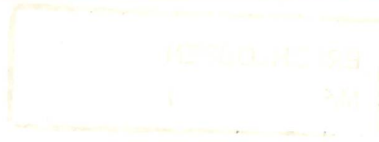
Das hatten Recht und Verfassung nicht vorgesehen, nachdem erst wenige Jahre zuvor eine Initiative der Linken für ein Rüstungsreferendum vom Volk verworfen worden war, somit das abschliessende Entscheidungsrecht des Parlaments in Sachen Rüstungsbeschaffung bekräftigt worden war. Die Armeeabschaffer, die die Armeeabschaffung betrieben hatten, als die hoch-



Boeing: F/A-18 EF.



EADS: Eurofighter.



Saab: Gripen.



Dassault: Rafale.

gerüstete Sowjetunion noch existierte, hatten 1992 binnen kürzester Frist eine eindrückliche Unterschriftenzahl für eine Initiative gesammelt, die den Kauf von 34 amerikanischen Mehrzweckkampfmaschinen F/A-18 torpedierte.

Befreiender Wahspruch

Diesen Plan vereitelte der Souverän – damit den Stab brechend über die gesamte Linke, und zwar nicht zum ersten Mal, wenn der Stellenwert und die Vertrauenswürdigkeit des neutralen Kleinstaates Schweiz auf dem Spiele standen. Die Weitsicht und das Vertrauen des Volkes wurden in dem Sinne bestätigt, dass die Beschaffung und Einführung der F/A-18 C/D ohne Zwischenfälle gelang und die Maschinen, eines der kampferprobtesten Flugzeuge, in der Folge nach Notwendigkeit kampfwertgesteigert wurden. Diese Maschinen werden noch lange einsatzfähig bleiben.

Aber sie bedürfen dringend der Ergänzung durch weitere, neue Maschinen, stellen sie doch die einzige, leistungsstarke fliegende Komponente der schweizerischen Luftverteidigung, im umfassenden Sinn verstanden, dar. Das war auch der Grund für die vor Jahr und Tag mehrfach offiziell bekundete Absicht, um 2010 über diese Ergänzung zu verfügen, d.h. einen Ersatz für die Tiger zu haben.

Die Mirage wurden in zwei Etappen ausgemustert, zuerst die Mehrzweck-Mirage III, dann die Aufklärungsversion III RS. Dieser Entscheid, in den letzten Tagen

von Bundesrat Ogi Ende 2000 gefällt, hatte zur Folge, dass der Schweiz seither jede weiträumige Aufklärungsfähigkeit aus der Luft abhanden gekommen ist. Man tröstete sich im Augenblick mit der Erklärung, dieses Potenzial werde im Rahmen der Tiger-Nachfolge wiederhergestellt.

Und in der Tat, der Bundesrat bestätigte in Beantwortung einer Interpellation Schlüter am 28. August 2002 die Absicht, die Voraussetzungen für die Erfüllung der Aufgaben der Luftwaffe gemäss Armee XXI im Wesentlichen materiell bis um 2010 zu schaffen. In der Folge bekräftigte der damalige Chef der Luftwaffe, Fehrlin, diese Absichtserklärung und stellte klar, dass neue Kampfflugzeuge zum Ende dieses Jahrzehnts in Beschaffung oder beschafft sein müssten, die die Leistungen dieser Luftwaffe vervollständigen würden. Das bedeutete, dass die preisgegebene Erdkampfunterstützung – obwohl die F/A-18, gleich Fighter/Attack, dazu voll in der Lage ist! – sowie die Aufklärungskapazität im Zuge dieser dringenden neuen Beschaffung wiedererlangt würden.

Höchste Zeit

Mit dem vor Augen muss man die in Vorbereitung begriffene fällige Beschaffung beurteilen. Auf die Gefahr hin uns zu wiederholen: das ist ein erneuter Beweis für die Saumseligkeit der Bundesexekutive, wenn es um die Befolgung des Prinzips geht, das die Quintessenz kluger Staatsführung ausmacht: gouverner c'est prévoir! Wenn etwas von Relevanz, militärisch gesprochen, sich

überraschend und kurzfristig ereignen kann, so Angriffe aus der Luft.

Das ergibt sich aus den Riesenbeständen an – mehr oder weniger – modernen Flugzeugen, die weitherum verfügbar sind. Und mit Blick auf diese nicht auszuschliessende Eventualität sind, richtig besehen, nur die 33 F/A-18 tauglich, von denen nur ein Teil aus Wartungsgründen jeweils eingesetzt werden kann.

Aus der Sicht der Bundesexekutive gibt es nichts zu beschönigen. Sie, und niemand sonst, hat die Initiative seit Mitte der Neunzigerjahre ergriffen, die Militärausgaben entgegen jeder Vernunft und Vorsicht, auch entgegen flotter Versicherungen, drastisch zu senken, sodass sie vor drei Jahren einräumen musste, dass diese Mittel unter die für die Realisierung der – ein Jahr zuvor vom Souverän eindrücklich gutgeheissenen – Armee XXI nicht ausreichten.

Wie an dieser Stelle im Januar festgestellt: «Vor allem hat der Bundesrat im Sinn der Opfersymmetrie – gleichbedeutend mit Entscheidungsschwäche – die Ausgaben für die Verteidigung ohne Unterlass beschnitten».

Das Parlament hat jüngst diese Ausgaben für die nächsten Jahre auf grundsätzlich rund 4 Milliarden jährlich fixiert, endlich, nachdem der Bundesrat 2001 am 2. Mai den entsprechenden Plafond auf jährlich 4,3 Milliarden festgelegt hatte – und das ein Jahr später still und leise. Man hörte nie, dass dieser Parlaments-Beschluss auf Empfehlung oder gar Druck des Bundesrates erfolgt sei! Eben!

